

# Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl

## Eine Zwischenbilanz der wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Leistungen

### Inhalt

1. Die Wirtschaft wächst wieder	Seite 2
2. Die Einkommen steigen	Seite 3
3. Die Preise sind stabil	Seite 3
4. Der Haushalt ist solide finanziert	Seite 4
5. Die Familien sind gestärkt	Seite 5
6. Die Steuern werden gesenkt	Seite 6
7. Die Arbeitslosigkeit wird bekämpft	Seite 7
8. Rekordergebnis bei den Lehrstellen	Seite 10
9. Umweltschutz: Die Luft wird sauberer	Seite 11
10. Sozialleistungen höher als je zuvor	Seite 12
11. Die Renten wurden gerettet	Seite 13
12. Mehr Vermögen in Arbeitnehmerhand	Seite 14
13. Mehr Wohneigentum — stabile Mieten	Seite 14



**Die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler im Oktober 1982 war der Anfang einer neuen Politik, die am 6. März 1983 bei der Bundestagswahl von den Bürgern eindrucksvoll bestätigt worden ist. Bundeskanzler Helmut Kohl und die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP hatten ein schweres Erbe übernommen. 13 Jahre verfehlte SPD-Politik hatten unser Land in die tiefste wirtschaftliche, finanzielle und soziale Krise seiner Geschichte gestürzt:**

- die Wirtschaft befand sich auf Talfahrt,
- die Staatsfinanzen waren zerrüttet,
- die Zahl der Arbeitslosen stieg dramatisch,
- die Rentenversicherung stand vor ernststen Zahlungsschwierigkeiten,
- die Familien waren zunehmend ins Abseits geraten,
- in der Umweltpolitik wurde nur geredet und nicht gehandelt.

Das alles zählt zu der Erblast der SPD-Regierung. Seit dem Regierungswechsel sind zwei Jahre vergangen. In dieser Zeit ist viel erreicht worden. Die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist wieder positiv:

- Mit der Wirtschaft geht es wieder aufwärts.
- Die Gesundung der Staatsfinanzen ist erfreulich weit fortgeschritten.
- Die Arbeitslosigkeit wird bekämpft; erste Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt sind bereits sichtbar.
- Die Rentenversicherung steht wieder auf soliden finanziellen Grundlagen; wir haben die Renten gerettet.
- Die größten Leistungsverbesserungen für Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind beschlossen; die Familien werden gestärkt.
- Im Umweltschutz geht es zügig voran; die Luft wird sauberer.

Die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Leistungen der Regierung Kohl in den vergangenen zwei Jahren können sich sehen lassen. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Ergebnisse an der Ausgangslage vom Oktober 1982 mißt und sich vorstellt, was noch alles auf uns zugekommen wäre, wenn die verfehlte SPD-Politik über den Oktober 1982 hinaus hätte fortgesetzt werden können.

So sieht die Leistungsbilanz 1984 im einzelnen aus:

## **1. Die Wirtschaft wächst wieder**

Unter der SPD-Regierung ist das reale Bruttosozialprodukt — also die Ge-



samtleistung unserer Volkswirtschaft — in den Jahren 1981 und 1982 geschrumpft:

- 1981 um 0,3 Prozent oder 3,5 Milliarden Mark,
- 1982 um 1,1 Prozent oder 14,5 Milliarden Mark.

## **Die Regierung Helmut Kohl hat diese wirtschaftliche Talfahrt gestoppt und einen soliden Wirtschaftsaufschwung eingeleitet:**

- Schon 1983 hat das reale Bruttosozialprodukt wieder um 1,3 Prozent oder 15,7 Milliarden Mark zugenommen.
- 1984 wird das Sozialprodukt voraussichtlich real — also die Preissteigerung schon abgezogen — um 2,5 Prozent wachsen. Und dies, obwohl Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie den Wirtschaftsaufschwung nachhaltig gestört haben. Das bedeutet für 1984 ein Wirtschaftswachstum von rund 31,6 Milliarden Mark.

## **2. Die Einkommen steigen**

Unter der SPD-Regierung haben die Arbeitnehmer in den Jahren 1981 und 1982 reale Einkommenseinbußen erlitten. Zwar stiegen die Löhne und Gehälter nominal auch 1981 und 1982, doch die Preissteigerungsrate war höher als der Lohnanstieg. Die tatsächlichen Einkommensverluste der Arbeitnehmer betrugen 1981 und 1982 insgesamt rund 2,5 Prozent.

1983 und 1984 haben die Arbeitnehmer erstmals unter dem Strich wieder mehr in der Hand: die Löhne und Gehälter sind deutlich stärker gewachsen als die Preise. Die tatsächlichen Einkommen steigen insgesamt um rund ein Prozent. Die Arbeitnehmer stehen also besser da als bei der SPD-Regierung.

## **3. Die Preise sind wieder stabil**

Entscheidend zur Verbesserung der Einkommenssituation hat beigetragen, daß es gelungen ist, die Preissteigerungsrate zu bremsen. 1982 lag der Preisanstieg für die Lebenshaltung aller Haushalte noch bei 5,3 Prozent, 1983 konnte er bereits auf 3,3 Prozent eingedämmt werden. Für 1984 sieht es sogar noch erheblich günstiger aus. So lag der Anstieg der Lebenshaltungskosten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im August 1984 bei nur noch 1,7 Prozent.

Stabilere Preise heißt mehr reale Kaufkraft. Die Masseneinkommen, also die Nettolöhne und -gehälter sowie die Renten, Unterstützungen und Beamtenpensionen, die 1984 rund 815 Milliarden Mark (Schätzung der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, Frühjahrsgutachten 1984) ausmachen



werden, haben im Vergleich zum Preisanstieg 1982 über 25 Milliarden Mark mehr an Kaufkraft gewonnen.

## 4. Der Haushalt ist solide finanziert

Unter der SPD-Regierung ist die Verschuldung des Bundes explodiert:

- von 1,1 Milliarden im Jahr 1970 auf über 37 Milliarden Mark in den Jahren 1981 und 1982;
- für das Jahr 1983 war von der SPD-Regierung sogar ein Haushaltsdefizit von rund 55 Milliarden Mark eingeplant.

Unter der Regierung Helmut Kohl geht die Gesundung der Staatsfinanzen zügig voran. Die Neuverschuldung des Bundes wird 1984 voraussichtlich unter 30 Milliarden DM liegen. Das sind 25 Milliarden Mark weniger, als die SPD-Regierung für 1983 erwartet hatte.

Mit ihren Kabinettsbeschlüssen vom 3. Juli 1984 zum Bundeshaushalt 1985 und zum Finanzplan bis 1988 setzt die Bundesregierung den Kurs der wirtschafts- und finanzpolitischen Neuorientierung folgerichtig fort. Sie hält fest an der Leitlinie vom Herbst 1982 und Frühjahr 1983, die der Finanzplanungsrat für Bund, Länder und Gemeinden ausdrücklich bestätigt hat: Die Ausgaben des Bundes sollen auch ab 1986 um nicht mehr als drei Prozent jährlich steigen. Die hohen durchschnittlichen Wachstumsraten der Bundesausgaben von acht Prozent in den siebziger Jahren veranschaulichen die Kurskorrektur zu einer stetigen und deutlichen Verringerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Dadurch wird erreicht, daß die Nettokreditaufnahme im Jahr 1985 um weitere sechs Milliarden auf 23,97 Milliarden Mark abgebaut werden kann. Für 1988 ist dann nur noch eine Nettokreditaufnahme von 22,4 Milliarden Mark vorgesehen.

Die weitere Rückführung der Neuverschuldung des Bundes wird ohne neue Eingriffe in gesetzliche Leistungen und ohne Erhöhung von Steuern und trotz

- der geplanten Tarifentlastung 1986 und 1988,
- der familienpolitischen Maßnahmen,
- der höheren Beiträge für die Europäische Gemeinschaft und der Konsequenzen der EG-Beschlüsse für die nationale Agrarpolitik,
- der notwendigen Aufstockung der Ansätze in Einzelbereichen, insbesondere bei den internationalen Gewährleistungen und Bürgschaften, erreicht.

Die Gesundung der öffentlichen Finanzen war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es wirtschaftlich wieder aufwärts ging. Dadurch wurde auch eine günstigere Zinsentwicklung erreicht. Eine Zinssenkung um zwei Prozent entlastet die Wirtschaft und Bürger um 14 bis 16 Milliarden Mark.



Ein Blick über die Grenzen zeigt, daß wir zusammen mit der Schweiz und Japan die niedrigsten Zinssätze aller Industrieländer haben. Der Zinsabstand zu den USA beträgt bei langfristigen Krediten etwa fünf Prozent. Das zeigt deutlich, wie weit wir uns mittlerweile von den erheblich gestiegenen US-Zinsen lösen konnten.

**Der Abbau der staatlichen Neuverschuldung und die dadurch bewirkte Zinsdämpfung sind aber auch ein wichtiger Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.** Denn die Zinsen für diese Verschuldung müssen von den Steuermitteln vor allem der Arbeitnehmer bezahlt werden und kommen in die Taschen derjenigen, bei denen sich der Staat, also die SPD-Bundesregierung, verschuldet hat: nämlich in die Taschen der Ölscheichs, der Großbanken und der Wohlhabenden im Lande, die reich genug waren, Bundesschatzbriefe zu kaufen.

Für unsere weitere Arbeit gilt: Finanz- und Wirtschaftspolitik bleiben auf einem klaren vorhersehbaren Kurs. Denn nur gesunde Staatsfinanzen und ein stabiler Geldwert schaffen die Grundlage für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die jetzt möglich gewordenen Verbesserungen beim Familienlastenausgleich und beim Steuertarif sind eindrucksvolle Belege dafür.

## 5. Die Familien werden gestärkt

Durch die Entscheidung der Regierung Helmut Kohl für eine neue Familienpolitik bekommt die Familie wieder den Stellenwert, der ihr gebührt.

**Diese Familienpolitik ist die größte Verbesserung der Situation der Familie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Nie wurde mehr für die Familien getan.** Für 1986 werden zusätzlich über acht Milliarden Mark für Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt.

Das von Bundesregierung beschlossene Familienpaket enthält folgende Maßnahmen:

- Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 Mark je Monat für Mütter oder Väter; ab 1. Januar 1986 für 10 Monate und ab 1. Januar 1988 für ein Jahr.

- Erhöhung des Kinderfreibetrages von 432 auf 2484 Mark je Kind ab 1. Januar 1986.

- Einen Kindergeldzuschlag bis zur Höhe von 45 Mark für alle Familien, bei denen sich wegen der geringen Höhe ihres Einkommens der Steuerfreibetrag nicht oder nicht voll auswirkt, ebenfalls ab 1. Januar 1986.

- Wiedereinführung des Kindergeldes für junge Arbeitslose bis zu 21 Jahren bereits zum 1. Januar 1985.



Das ist noch nicht alles:

— Vom Bundestag bereits beschlossen ist das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“, die in diesem Jahr 25 Millionen Mark und ab 1985 jährlich 50 Millionen Mark zur Hilfe für schwangere Frauen in Not erhält.

— Die Wartezeit in der Rentenversicherung wurde von 15 auf fünf Jahre verkürzt. Dadurch können Millionen junger Frauen bereits mit einem Anspruch auf eine eigene spätere Rente in die Ehe gehen.

— Ab 1. Januar 1985 werden Betreuungsaufwendungen Alleinerziehender bis zur Höhe von 4000 Mark für das erste und je 2000 Mark für jedes weitere Kind steuerlich als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt.

— Für Bauherren und Erwerber von Wohneigentum wird das Baukindergeld ab 1. Januar 1987 verbessert und für jedes im Haushalt des Steuerpflichtigen lebende Kind gewährt.

— Noch in diesem Jahr werden wir über die Anerkennung von Erziehungsjahren im Rentenrecht entscheiden.

Dieser umfangreiche Katalog familienpolitischer Maßnahmen verwirklicht eine Reihe zentraler Forderungen, die die Union seit Jahren mit Nachdruck verfolgt. Bereits 1974 hatte die CDU/CSU-Fraktion den Entwurf eines Bundeserziehungsgeldgesetzes eingebracht. Jetzt wird das Erziehungsgeld eingeführt. Damit wird endlich auch das von der SPD geschaffene 2-Klassen-Recht beim Mutterschaftsurlaub überwunden werden. Bisher erhielten nämlich nur Frauen das Mutterschaftsurlaubsgeld, die vorher abhängig beschäftigt waren. Die Hausfrau, die ihre Arbeitskraft der Familie gewidmet hat, die Bäuerin, die Winzerin und die Handwerkerfrau waren vom Mutterschaftsurlaubsgeld ebenso ausgeschlossen wie die Arbeiterin, die vor anderthalb Jahren ein Kind bekommen hatte und nun ein zweites Kind bekommt. Sie alle erhalten künftig Erziehungsgeld.

Mit der Wiedereinführung des zum 1. Januar 1982 von der SPD abgeschafften Kindergeldes für junge Arbeitslose und Jugendliche ohne Arbeitsplatz wird ein Unrecht beseitigt.

Mit diesen Entscheidungen hat die Union anderthalb Jahre nach der Bundestagswahl 1983 in die Tat umgesetzt, was sie angekündigt hatte: eine neue Familienpolitik aus einem Guß.

## 6. Die Steuern werden gesenkt

Auch in der Steuerpolitik haben wir Wort gehalten. Die Eckwerte für die Steuerreform sind verabschiedet. Es wird die größte Steuerreform in der Ge-



schichte der Bundesrepublik Deutschland werden. Der Umfang der Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer wird über 20 Milliarden Mark betragen. Durch ein Gesetz wird dieses Entlastungsvolumen in zwei Schritten 1986 und 1988 erreicht. Neben der vollen Verwirklichung des familienpolitischen Teils wird es schon 1986 einen Einstieg in die Tarifreform geben. Ab 1. Januar 1988 wird der neue Tarif mit einer Gesamtentlastung von rund 15 Milliarden Mark voll in Kraft treten. Er wird vor allem den Beziehern mittlerer und höherer Einkommen zugute kommen, die unter der Steuerprogression besonders leiden. Die steuer- und familienpolitischen Entscheidungen werden ohne die Erhöhung anderer Steuern und Abgaben verwirklicht und ohne das Ziel der Konsolidierung des Bundeshaushalts zu gefährden.

Dieses Steuerentlastungspaket bedeutet, daß die Grenzbelastung, das heißt die Besteuerung jeder zusätzlich verdienten Mark, um durchschnittlich fünf Prozentpunkte sinkt. Für jedes Kind erhöht sich diese Entlastung um einen weiteren halben Prozentpunkt. Die jeweilige Steuerschuld wird durchschnittlich um 8 Prozent gemindert. Dazu einige Beispiele:

— Ein lediger Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Einkommen von 34 000 Mark, was einem Bruttolohn von 41 000 Mark im Jahr entspricht, hat eine Steuerentlastung von rund 500 Mark (1. Stufe 1986: 200 Mark; 2. Stufe 1988: 300 Mark).

— Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von rund 50 000 Mark hat bereits ab 1986 eine jährliche Entlastung von ungefähr 1 440 Mark. Das entspricht einer monatlichen Entlastung von 120 Mark.

## 7. Die Arbeitslosigkeit wird bekämpft

Die Sicherung der Beschäftigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind nach wie vor die politische Aufgabe Nr. 1. Dabei ist klar: die Arbeitslosigkeit kann kurzfristig nicht beseitigt werden. So werden zum Beispiel in den nächsten Jahren jährlich 150 000 junge Menschen mehr auf den Arbeitsmarkt drängen, als Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

So sah dies auch die SPD, als sie noch in der Regierung war. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Egon Lutz, erklärte im Sozialdemokratischen Pressedienst am 5. Juli 1982:

„Die Arbeitsmarktperspektiven sind mittelfristig außerordentlich schlecht. Daß der hohe Sockel an Arbeitslosigkeit in absehbarer Zukunft abgebaut werden kann, ist nicht zu erwarten...“

Auch wenn der Stand der Arbeitslosigkeit nach wie vor Anlaß zur Sorge gibt, machen sich positive Zeichen auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar:



— Die Zahl der Arbeitslosen hat seit Januar 1984 um rund 330 000 abgenommen.

— Die Kurzarbeit wurde stark abgebaut: Im August 1984 waren 212 000 Kurzarbeiter gemeldet. Das sind 167 000 weniger als vor einem Jahr. Gegenüber dem Januar 1984 hat die Zahl der Kurzarbeiter sogar um über 350 000 abgenommen.

— Das Stellenangebot ist größer geworden: 124 444 offene Stellen sind im August 1984 neu gemeldet worden. Das sind 12,4 Prozent mehr als im August 1983.

— Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen ist gegenüber dem August 1983 um 12,5 Prozent zurückgegangen; sie liegt im August 1984 bei knapp 184 000.

**Die von der Regierung Helmut Kohl eingeleitete neue Wirtschafts- und Finanzpolitik hat entscheidend dazu beigetragen, daß die von der SPD programmierte Talfahrt bei der Beschäftigung gestoppt wurde.**

Wirtschaftswachstum allein löst die Beschäftigungsprobleme nicht. Deshalb ergänzt und unterstützt die Bundesregierung ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik durch **gezielte Maßnahmen der Beschäftigungspolitik:**

1. Die Instrumente des **Arbeitsförderungsgesetzes** sind in den letzten Jahren verstärkt eingesetzt worden. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit wird 1984 der Arbeitsmarkt allein mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung und mit Kurzarbeitergeld um rund 370 000 Arbeitslose entlastet. 1984 ist der höchste Beschäftigungseffekt zu verzeichnen, der je durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erzielt wurde.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

— Mit **Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung (ABM)** werden zumindest vorübergehend Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, darunter vorrangig für besondere Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose und Jugendliche, geschaffen. Ende August 1984 waren rund 82 000 Arbeitnehmer in ABM beschäftigt; rund 45 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Dies ist seit Bestehen des Arbeitsförderungsgesetzes die höchste Zahl an Arbeitnehmern, die in ABM beschäftigt sind. Mit 1,674 Milliarden Mark Haushaltsmitteln und 1,4 Milliarden Mark Verpflichtungsermächtigungen stehen auch die bislang höchsten Mittel bereit.

— Durch Rechtsverordnung des Bundesarbeitsministeriums wurde die mögliche Bezugsdauer für das **Kurzarbeitergeld** für alle Betriebe auf zwei Jahre verlängert. Für die Montanindustrie gilt weiterhin die Ausnahmeregelung einer dreijährigen Bezugsdauer. Besondere Bedeutung hat das Kurzarbeitergeld für die rund 60 000 unter Tage Beschäftigten des Ruhrkohle-Bergbaus.



— Die Teilnehmerzahl an **beruflichen Bildungsmaßnahmen** (Fortbildung und Umschulung) ist deutlich angestiegen. Insgesamt nahmen Ende Juni 1984 rund 214 000 Arbeitnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz teil, 5,6 Prozent mehr als im Vorjahresmonat und 9,3 Prozent mehr als im Juni 1982. Überdurchschnittlich zugenommen hat dabei die Zahl der vorher arbeitslosen Teilnehmer, die unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten Vorrang haben.

— Auch für **Jugendliche** wurde viel getan. Im ersten Halbjahr konnten allein mit Maßnahmen der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung sowie mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rund 150 000 arbeitslose Jugendliche gefördert werden. Darüber hinaus tragen verschiedene Sonderprogramme des Bundesarbeitsministeriums (Bildungsbeihilfegesetz) und des Bundesbildungsministeriums (Benachteiligtenprogramm) zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bei.

2. Hinzu kommen noch die Arbeitsmarktentlastungen durch die rund 150 000 **ausländischen Arbeitnehmer**, die vom Angebot zur **Rückkehrförderung** Gebrauch gemacht haben.

3. 1985 wird auch eine erhebliche Entlastung durch die **Vorruhestandsregelung** einsetzen. Das Vorruhestandsgesetz ist seit dem 1. Mai 1984 in Kraft. Inzwischen sind bereits für rund 240 000 ältere Arbeitnehmer in Tarifverträgen Vorruhestandsleistungen vereinbart worden. Der Schwerpunkt der Vereinbarungen liegt vor allem in den Bereichen Nahrung – Genuß – Gaststätten, Textil – Bekleidung, Bau – Steine – Erden, Bergbau und Energie sowie Banken und Versicherungen. Auch in der Metallindustrie ist eine Vorruhestandsregelung vorgesehen. Die Zahl wird sich noch erhöhen, weil mit weiteren tarifvertraglichen Vereinbarungen, etwa in der chemischen Industrie, zu rechnen ist.

4. Positive Wirkungen werden auch von dem **Beschäftigungsförderungsgesetz** erwartet. Im Interesse der Arbeitslosen sollten arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften — ohne Arbeitsrechte und Arbeitsschutz zu schmälern — so beweglich wie möglich gestaltet sein. Ansatzpunkte hierfür sind zum Beispiel befristete Arbeitsverträge, Ausbildungsstellenvermittlung und Teilzeitarbeit. Das wird eine Welle von Neueinstellungen in Gang setzen.

Auch die **Novellierung des Schwerbehindertengesetzes** dient vor allem dem Ziel, die Beschäftigungschancen arbeitsloser Schwerbehinderter zu verbessern.

5. In der Bundesrepublik Deutschland entstand 1983 eine Welle von Existenzgründungen, die auch 1984 anhält. Das ist auch auf die verbesserte **Existenzgründungsförderung** zurückzuführen. Die Zahl der geförderten Unternehmensgründungen im Rahmen des Eigenkapital-Hilfeprogramms stieg 1983 gegenüber 1982 von 3 016 auf 7 557 (= 150 Prozent) und im Rahmen des ERP-



Programms von 12 105 auf 15 832 (= 30 Prozent). Zugleich ist auch der durchschnittlich geförderte Darlehensbetrag je Neugründung gestiegen: von rund 30 000 auf 50 000 Mark beim Eigenkapital-Hilfeprogramm und von 50 000 auf knapp 60 000 Mark beim ERP-Programm. Nach Schätzungen der Bundesregierung werden mit jeder Neugründung fünf Arbeitsplätze geschaffen, denen im Jahr nach der Gründung zwei weitere Arbeitsplätze folgen. Die 1983 geförderten Unternehmensgründungen werden danach den Arbeitsmarkt 1984 mit mehr als 100 000 neuen Arbeitsplätzen entlasten.

## 8. Rekordergebnis bei den Lehrstellen

Seit Mitte der siebziger Jahre verlassen geburtenstarke Jahrgänge die Schule. Das heißt, daß die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz im dualen System suchen, von Jahr zu Jahr zunimmt. Verschärfend für die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt kommt ein stark verändertes Bildungsverhalten der Jugendlichen hinzu: Immer mehr Abiturienten suchen statt eines Studienplatzes eine Lehrstelle.

Die ausbildende Wirtschaft und die Bundesregierung haben auf die veränderte Situation reagiert:

— 1983 wurden mit 67 000 Ausbildungsplätzen mehr Lehrstellen zur Verfügung gestellt als in jedem Jahr zuvor. Gegenüber dem Jahr 1982 waren es 7,1 Prozent mehr.

— Für 1984 kann davon ausgegangen werden, daß das Rekordergebnis von 1983 noch einmal übertroffen wird. Zwischenergebnisse über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge deuten das an. Nach einer Mitteilung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) sind bis Ende Juli knapp fünf Prozent mehr Lehrverträge abgeschlossen worden. Für die Gesamtwirtschaft errechnet der DIHT für 1984 ein Angebot von 729 400 Lehrstellen, denen 733 700 Lehrstellensuchende gegenüberstehen.

Die Bundesregierung hat trotz schwieriger Rahmenbedingungen erhebliche und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um das Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen und Jugendliche mit Lehrstellen zu versorgen:

— Zur Förderung der Berufsausbildung stehen 1984 insgesamt 1,4 Milliarden Mark zur Verfügung. Dazu zählen zum Beispiel das Benachteiligtenprogramm für Jugendliche sowie die Mittel, die für den Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für die im Haushalt 1984 insgesamt 1,67 Milliarden Mark ausgewiesen sind und von denen ein erheblicher Anteil auf Jugendliche entfällt.

— Der Bund bildete 1983 insgesamt rund 82 000 Jugendliche aus. Allein im



Jahr 1984 können rund 29 500 Jugendliche eine Ausbildung beim Bund beginnen. Das sind 7,5 Prozent mehr als 1983. Die Ausbildungskosten, die dem Bund entstehen, belaufen sich auf 1,6 Milliarden Mark.

— Mädchen sind überdurchschnittlich vom Ausbildungsplatzmangel betroffen. So waren 1983 von den Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhielten, rund zwei Drittel Mädchen. Deshalb wird zur Verbesserung der Ausbildungschancen für Mädchen der Zugang zu gewerblich-technischen Berufen erleichtert. Dies geschieht vor allem durch eine Änderung der Rahmenbedingungen (Ausbildungsordnungen, Arbeitsschutzvorschriften).

## 9. Umweltschutz: Die Luft wird sauberer

Die **SPD-Regierung** ist ihrer politischen Aufgabe beim Umweltschutz nicht gerecht geworden. Hier einige Beispiele für Fehler und Versäumnisse der SPD:

- Die Umweltforschung wurde sträflich vernachlässigt.
- Die „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (TA Luft) wurde nicht den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Bedürfnissen angepaßt.
- Trotz jahrelanger Forderungen der Länder, den Ausstoß von Schadstoffen durch eine Verordnung zu begrenzen, lag im Herbst 1982 ein verabschiedungsreifer Entwurf einer Großfeuerungsanlagen-Verordnung immer noch nicht vor.

Die **Regierung Helmut Kohl** hat den Umweltschutz vorangebracht. Gegen das zur Zeit dringendste Problem, das **Waldsterben**, hat sie zahlreiche Initiativen auf den verschiedensten Ebenen ergriffen. Die ersten Ergebnisse liegen bereits vor: **Die Schadstoffbelastungen in der Luft gehen zurück.**

— Durch die **Großfeuerungsanlagen-Verordnung vom 22. Juni 1983** werden die Emissionen von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Schwermetallen spürbar gesenkt. Der Grenzwert für Schwefeldioxid wurde auf 400 Milligramm pro Kubikmeter Abluft festgelegt. Stickoxide und Schwermetalle werden nach dem Stand der Technik begrenzt, das heißt bei technischen Weiterentwicklungen müssen jeweils die neuesten Techniken eingesetzt werden.

— Seit 1978 war die **Novellierung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft** überfällig. Die Regierung Helmut Kohl hat die überarbeitete Vorschrift bereits drei Monate nach Regierungsübernahme verabschiedet. Sie hat damit den Schutz der menschlichen Gesundheit erheblich verbessert und empfindliche Pflanzen und Tiere sowie Lebens- und Futtermittel vor schädlichen Emissionen geschützt.



— Die Bundesregierung hat im Sommer 1983 zudem beschlossen, gesetzliche Grundlagen zur **Einführung bleifreien Benzins** ab 1986 in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Gleichzeitig sollen die Schadstoffe in den Autoabgasen um 90 Prozent verringert werden. Mit diesem Beschluß hat die Regierung Helmut Kohl eine **Vorreiterrolle in Europa** übernommen. Sie erwartet, daß sich die Mitgliedstaaten der EG, aber auch andere Nachbarländer diesem Schritt anschließen.

Weitere Initiativen der Bundesregierung:

— Viele Fragen nach Ursachen und Wirkungen der Luftverunreinigungen und der Waldschäden sind noch unbeantwortet. Das behindert eine umfassende Strategie zum Schutz des Waldes. Seit 1982 wurden über 75 **Forschungsvorhaben** durch den Forschungsminister, den Innenminister und den Landwirtschaftsminister neu vergeben. Die insgesamt von Bund, Ländern und anderen Trägern hierfür bereitgestellten Mittel belaufen sich auf rund 70 Millionen Mark.

— Die Bundesregierung strebt **EG-einheitliche Grenzwerte** für die Emission der wichtigsten Luftschadstoffe an. Sie geht davon aus, daß die Gemeinschaft diese Bemühungen unterstützt. Auch über die EG hinaus setzt sich die Bundesregierung in Verhandlungen mit der DDR, Tschechoslowakei, Österreich und der Schweiz für gemeinsame Anstrengungen im Umweltschutz ein.

— Zu den umfassenden internationalen Bemühungen gehört auch die „**Multilaterale Umweltkonferenz München 1984**“. Auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl sind im Juni 1984 die Unterzeichner der „Genfer Luftreinhaltekonvention“ zu Gesprächen auf Ministerebene über Wald- und Gewässerschäden durch Luftverschmutzung zusammengetroffen. 18 Länder, davon vier Ostblockstaaten, haben sich bereit erklärt, die grenzüberschreitende Luftverschmutzung um 30 Prozent zu verringern.

— Zum Schutz des Bodens hat die Bundesregierung den Entwurf eines umfassenden Programms vorgelegt. Dabei geht es unter anderem um den Schutz der Nahrungsmittel und des Grundwassers sowie um die Überprüfung flächenbeanspruchender Baumaßnahmen.

— Auf Wunsch der Bundesregierung hat die Lastenausgleichsbank ein spezielles **Kreditprogramm zur Finanzierung von Umweltschutzinvestitionen** vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen aufgelegt.

## 10. Sozialleistungen höher denn je

Das Sozialbudget, die Summe aller direkten und indirekten Sozialleistungen, weist mit 537,2 Milliarden Mark für das Jahr 1983 den bislang höchsten Be-



trag für Sozialleistungen aus. Das Sozialbudget wird bis 1987 auf rund 624,7 Milliarden Mark ansteigen. Das ist gegenüber 1983 ein Zuwachs von über 16 Prozent.

Das belegt, daß es trotz der notwendigen Konsolidierungen auch im Sozialbereich vorangeht. Im übrigen gibt kein anderes Land einen größeren Anteil vom Bruttosozialprodukt und einen größeren Betrag für Sozialleistungen aus als die Bundesrepublik Deutschland. Bei uns lag der Anteil des Sozialbudgets am Bruttosozialprodukt im Jahr 1983 bei 32,3 Prozent.

Zur Erinnerung: Die SPD-Regierung sah in der sogenannten „Operation '82“ vor, über 80 Sozialleistungen zu kürzen, zu beschränken oder zu streichen.

## 11. Die Renten wurden gerettet

Die Rentenreform, die 1957 unter der Regierungsverantwortung der Union geschaffen wurde, war sozialpolitisch ein großer Durchbruch. Sie ermöglichte den Rentnern die Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt. Diese soziale Erregungenschaft war nach 13 Jahren SPD-geführter Regierungen in den Grundlängen erschüttert:

**1982, am Ende der SPD-Regierung, stand die Rentenversicherung vor unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten.** Nach Berechnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte wäre die Rentenversicherung durch die Maßnahmen, die die SPD in der sogenannten „Operation '82“ vorgesehen hatte, bereits 1983 in ernste finanzielle Bedrängnis geraten. 1984 hätte die Rücklage nur noch 0,4 Monatsausgaben betragen. Für 1986 ergab die Berechnung der Bundesversicherungsanstalt sogar ein Defizit von 0,7 Monatsausgaben. Nach heutiger Rechnung wären das über sieben Milliarden Mark gewesen. Demgegenüber waren die Kassen der Rentenversicherung 1969 voll, die Rücklage betrug über acht Monatsausgaben.

**Die Regierung Helmut Kohl hat die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet und dafür gesorgt, daß die Renten wieder sicher sind.** Die Renten wurden zum 1. Juli 1983 um 5,59 Prozent und zum 1. Juli 1984 um 3,4 Prozent erhöht. Allerdings mußte auch den Rentnern zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen ein Opfer in Form eines Beitrags zu ihrer Krankenversicherung abverlangt werden, dessen Einführung im übrigen bereits von der SPD-Regierung beschlossen worden war. Dennoch konnten die Rentner in den Jahren 1983 und 1984 ihr tatsächliches Einkommen in etwa halten. In den Jahren 1980 bis 1982 unter der SPD-Regierung mußten die Rentner dagegen Einkommenseinbußen von über drei Prozent hinnehmen.



## 12. Mehr Vermögen in Arbeitnehmerhand

Die Union hat vor dem 6. März 1983 zugesagt, nach den Wahlen ihre erfolgreiche Vermögenspolitik aus den fünfziger und sechziger Jahren (zum Beispiel Bausparprämienengesetz 1952, Sparprämienengesetz 1954, Privatisierungen bei VW, VÉBA und Preussag, 312-Mark-Gesetz 1961 und 1965) fortzusetzen. Knapp vier Monate nach dem Wahltag, am 29. Juni 1983, verabschiedete das Kabinett bereits das Vermögensbeteiligungsgesetz. Am 9. Dezember 1983 wurde es vom Deutschen Bundestag verabschiedet — übrigens gegen die Stimmen der SPD. Am 1. Januar 1984 ist das Vermögensbeteiligungsgesetz in Kraft getreten.

Demgegenüber haben SPD-geführte Bundesregierungen 13 Jahre lang in der Vermögenspolitik Versprechungen gemacht, aber nichts getan. So wurden in den Regierungserklärungen der SPD-Kanzler Brandt am 28. Oktober 1969, Brandt am 28. Januar 1973, Schmidt am 17. Mai 1974 und am 16. Dezember 1976 konkrete Ankündigungen für die jeweilige Legislaturperiode zur Vermögensbildung gemacht, ohne daß sich dies in der Regierungsarbeit niederschlagen hätte.

Das Vermögensbeteiligungsgesetz ist ein Meilenstein für die Vermögenspolitik. Mit dem Vermögensbeteiligungsgesetz wird in den nächsten vier Jahren bis 1987 eine zusätzliche staatliche Förderung für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer von rund 1,4 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Die SPD-Regierung hat sich demgegenüber mit einer Kürzung der vermögenspolitischen Mittel um rund 900 Millionen Mark verabschiedet.

Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz wird die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erheblich ausgeweitet: Bisher betrug die staatliche Förderung nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz maximal 206,— DM, künftig sind es 460,— DM. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Wenn ein Arbeitnehmer diese Förderung der Vermögensbeteiligung entsprechend der Festlegungsfrist sechs Jahre lang nutzt, verfügt er einschließlich Zins und Zinseszins in Höhe von jährlich 6 Prozent nach 6 Jahren über ein Vermögen von rd. 11 177 DM. Der eigene Aufwand des Arbeitnehmers beträgt hierbei nur 6 124,20 DM. In zehn Jahren kann ein Arbeitnehmer auf diese Weise ein Vermögen von rd. 21 460 DM erwerben.

## 13. Mehr Wohneigentum — stabile Mieten

Unter den SPD-Ministern Vogel, Ravens und Haack war die Wohnungsbaupolitik immer mehr in die Sackgasse geraten. Wurden bis 1970 Jahr für Jahr jeweils 500 000 bis 600 000 Wohneinheiten fertiggestellt, so ging diese Zahl



von 1973 an ständig zurück. 1982 wurden nur noch 347 100 neue Wohnungen erstellt. Dies war das niedrigste Ergebnis seit 1950.

Die Regierung Helmut Kohl hat noch im Herbst 1982 auf diese besorgniserregende Lage mit einem **wohnungsbaupolitischen Sofortprogramm** geantwortet. Es wurden dabei vor allem folgende Maßnahmen zur Ankurbelung des Wohnungsbaus veranlaßt, die zeitlich befristet sind:

- Die **steuerliche Förderung von Eigenheimen** wurde durch die Einführung des begrenzten Schuldzinsenabzuges verbessert. Danach können Schuldzinsen bis zu einer Höhe von 10 000 Mark pro Jahr steuerlich abgesetzt werden. Hierdurch erreicht zum Beispiel ein Facharbeiter mit einem Grenzsteuersatz von 35 Prozent eine monatliche Steuerentlastung von 290 Mark.

- Durch ein gemeinsames Sofortprogramm des Bundes und der Länder wurde die **Vor- und Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen** durch Zinshilfen in Höhe von 2,5 Prozent verbilligt.

- Durch das **Sonderprogramm zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus** und der Baunachfrage sind für die Jahre 1983 und 1984 zusätzlich zwei Milliarden Mark zur Unterstützung des Mietwohnungsbaus in Ballungsgebieten und zur Förderung von Eigentumsmaßnahmen bereitgestellt worden.

### **Mit den wohnungsbaupolitischen Maßnahmen vom Herbst 1982 wurde erreicht, daß wieder mehr gebaut wurde:**

- Die Zahl der 1983 zum Bau genehmigten Wohnungen stieg gegenüber 1982 um mehr als 25 Prozent auf 420 000.

- Bei den Einfamilienhäusern stieg die Genehmigungszahl 1983 um 26,4 Prozent.

- Bei den Zweifamilienhäusern betrug die Steigerung 18,8 Prozent.

- Die positive Entwicklung im Wohnungsbau setzt sich auch 1984 fort. Die Zahl der neu fertiggestellten Wohnungen ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 14,5 Prozent angestiegen. Besonders hoch fiel dabei mit 18,8 Prozent die Steigerungsrate bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern aus. Die Zahl der neu erstellten Eigenheime zog um 14,9 Prozent, die der Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 10,2 Prozent an. Insgesamt wird erwartet, daß 1984 etwa 400 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Damit wird das Sofortprogramm in diesem Jahr zu einem Anstieg der tatsächlichen Wohnungsbautätigkeit um rund sechs Prozent führen.

Die verstärkte Wohnungsbautätigkeit hat die **Mieten vielerorts stabiler ge-**



macht. Seit 16 Monaten (April 1983) ist die Mietsteigerungsrate rückläufig. Sie lag im Juli 1984 gegenüber dem Vorjahresmonat nun mehr bei 3,5 Prozent.

Die Regierung Helmut Kohl hat am 4. Juli 1984 eine **dauerhafte Neuregelung der Wohnungsförderung** beschlossen, die im Anschluß an die gegenwärtig noch wirksamen Maßnahmen des Sofortprogramms vom Herbst 1982 Wohnungsbauinvestitionen anregen sollen. Ab 1987 sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

— Der Höchstbetrag der Herstellungs- oder Anschaffungskosten des Gebäudes zum Abzug von der steuerlichen Bemessungsgrundlage wird von heute 200 000 auf 300 000 Mark angehoben. **Bauherren und Erwerber selbstgenutzten Wohneigentums können damit künftig acht Jahre lang 15 000 Mark pro Jahr vom zu versteuernden Einkommen absetzen. Bislang waren es 10 000 Mark.**

— In besonderem Maße soll die steuerliche Entlastung von Bauherren und Erwerbern mit Kindern verbessert werden. Für jedes im Haushalt des Steuerpflichtigen lebende Kind wird zusätzlich zur Grundförderung eine Entlastung von 600 Mark pro Jahr gewährt.

— Die Besteuerung der selbstgenutzten Wohnungen soll aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung abgeschafft werden.

Diese Verbesserungen der Eigentumsförderung werden den Wohnungsmarkt weiter entlasten und für ausreichenden Wohnraum zu vernünftigen Preisen sorgen.